

# GUTE BERUFSBILDUNG FÜR SACHSEN 2030

Positionspapier des Landesausschusses für Berufsbildung

---

## 1 PRÄAMBEL

2 Der Landesausschuss für Berufsbildung (LAB) als gesetzlich verankertes Beratungsgremium der  
3 Staatsregierung verabschiedete am 18. Juni 2019 das Positionspapier „Sächsische Dekade der Berufsbildung“.  
4 Die Staatsregierung übernahm dieses Positionspapier in den Koalitionsvertrag 2019 bis 2024 als Leitfaden für  
5 ihre Arbeit im Bereich der Berufsbildung. Vor dem Hintergrund der besonderen Herausforderungen im  
6 Bildungsland Sachsen legt der LAB der sächsischen Staatsregierung eine Fortschreibung seiner Konzeption  
7 unter dem Titel „GUTE BERUFSBILDUNG FÜR SACHSEN 2030“ vor. Trotz der bereits umgesetzten  
8 Maßnahmen verbleibt weiterhin eine Vielzahl unerledigter Aufgaben, deren Bewältigung essenziell ist, um die  
9 Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Sachsen nicht zu gefährden. Insbesondere besteht dringender  
10 Handlungsbedarf bei der Bekämpfung des Lehrkräftemangels und der Schaffung adäquater  
11 Unterbringungsmöglichkeiten für Auszubildende.

12 Berufsbildung ist der Grundpfeiler für eine nachhaltige und zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung. Beruflich  
13 qualifizierte Fachkräfte sind unverzichtbar für die Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge sowie für die  
14 Umsetzung der digitalen und ökologischen Transformation. Landwirtschaft, Handwerk, Industrie, Handel,  
15 Gesundheit und andere Sektoren bieten attraktive Ausbildungs- und Karriereperspektiven. Gleichzeitig  
16 manifestieren sich auf dem Ausbildungsmarkt Passungsprobleme. Dabei spielen die wahrgenommene geringe  
17 Attraktivität der dualen Berufsausbildung sowie die teilweise mangelnde Ausbildungsreife von Schülerinnen und  
18 Schülern eine Rolle. Die gesellschaftliche Wahrnehmung und Wertschätzung beeinflussen weiterhin die Wahl  
19 des Bildungsweges. Die Entscheidung für einen Bildungsweg darf für die Menschen keine Nachteile mehr  
20 bezüglich der Ausbildungskosten, der Karrierechancen und dem Ansehen nach sich ziehen.

21 Bis zum Jahr 2030 wird die erwerbsfähige Bevölkerung in Sachsen um ca. 176.000 Personen zurückgehen.  
22 Gleichzeitig sinkt der Anteil junger Menschen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.  
23 Nachwuchsgewinnung und Fachkräftesicherung werden so zur Achillesferse von Bildungs- und Standortpolitik.  
24 Es ist daher von höchster Dringlichkeit, den vielfach zum Ausdruck gebrachten politischen Willen zur Stärkung  
25 der Berufsbildung in weitere konkrete Maßnahmen umzusetzen.

26 **Die Mitglieder des LAB fordern die Staatsregierung sowie die Akteure der Berufsbildung, Politik und**  
27 **Verwaltung dazu auf, alle Anstrengungen bis zum Jahr 2030 auf die hier empfohlenen Handlungsfelder**  
28 **zu lenken:**

- 29 1. Berufliche Orientierung an allen allgemeinbildenden Schulen stärken.
- 30 2. Anteil praktischer betrieblicher Erfahrungen deutlich erhöhen.
- 31 3. Profil der Oberschule als Talenteschmiede der Berufsbildung schärfen.
- 32 4. Vielzahl der Berufe und Spezialisierungen zu Kernberufen zusammenfassen.
- 33 5. Übergangsbereiche in den Blick nehmen und die Qualität alternativer Pfade in die Berufsbildung  
34 sichern.
- 35 6. Lehrkräfteversorgung sicherstellen und neu denken. Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der  
36 berufsbildenden Schulen erhöhen.
- 37 7. Ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende ausbauen.
- 38 8. Unterstützungsinstrumentarien für das Gelingen der beruflichen Ausbildung verbessern.
- 39 9. Attraktivität und Qualität der betrieblichen Ausbildung erhöhen.
- 40 10. Überbetriebliche Berufsbildungsstätten stärken und wirksame Förderinstrumente bereitstellen.

# GUTE BERUFSBILDUNG FÜR SACHSEN 2030

Positionspapier des Landesausschusses für Berufsbildung

---

## 41 **1. Berufliche Orientierung an allen allgemeinbildenden Schulen stärken.**

42 An allen allgemeinbildenden Schulen wird eine systematische und flächendeckende berufliche Orientierung  
43 benötigt. Insbesondere an Gymnasien müssen sich Studium und Ausbildung als eigenständige und  
44 gleichwertige Bildungswege vorstellen können. Die Vielfalt der beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten  
45 muss in der beruflichen Orientierung aller Schularten abgebildet werden. Dabei muss insbesondere der  
46 Bekanntheitsgrad eines durchgängigen dualen Bildungsweges von der – Grundschule – Oberschule /  
47 Gymnasium – Ausbildung – über die Aufstiegsfortbildung bzw. einem Studium an der Dualen Hochschule –  
48 bis hin zum Master Professional (DQR 7) – deutlich erhöht werden.

49 Die Betreuung und Begleitung der Schülerinnen und Schüler durch an den Schulen fest verankerten und  
50 eingebundenen Personals schärft fortlaufend das Bewusstsein zur Vielfalt und zu den Aussichten einer  
51 beruflichen Ausbildung. Gut qualifizierte Lotsen als Bestandteil in multiprofessionellen Teams müssen an  
52 allen allgemeinbildenden Schulen verpflichtend sein und auch an den Gymnasien nach dem Vorbild der  
53 Oberschulen für die berufliche Orientierung tätig sein und ausfinanziert werden.

## 54 **2. Anteil praktischer betrieblicher Erfahrungen deutlich erhöhen.**

56 Das praktische und authentische Kennenlernen verschiedener Berufsbilder in den Betrieben dient der  
57 ganzheitlichen und ausgewogenen beruflichen Orientierung und bildet eine zentrale Grundlage für die  
58 Anbahnung von Berufsausbildungsverhältnissen.

59 Praktika müssen systematisiert, attraktiv gestaltet und hervorragend begleitet werden, indem Schulen mehr  
60 Pflichtpraktika im Lehrplan integrieren, Kooperationen mit lokalen Betrieben auf- und ausbauen und das  
61 etablierte Instrument der Praxistage umfangreicher nutzen. Gleichzeitig ist eine exzellente Betreuung der  
62 Schülerinnen und Schüler durch qualifizierte und in Schulen fest verankerte Fachkräfte bzw. Lotsen durch  
63 die berufliche Orientierung sowie die Betriebe essenziell.

64 Neben den Pflichtpraktika während der Schulzeit müssen zusätzlich wirksame Anreize für das Absolvieren  
65 von Praktika bzw. Ferienjobs in den Betrieben gesetzt werden. Prämien als monetäre Anreize können  
66 wirksam Schülerinnen und Schüler zu mehr Ferienpraktika motivieren und zur Einmündung in neue  
67 Berufsausbildungsverhältnisse führen. Kleinstbetriebe sollten besonders in den Blick genommen werden.

## 68 **3. Profil der Oberschule als Talenteschmiede der Berufsbildung schärfen.**

70 Die Staatsregierung sowie die Akteure der Berufsbildung, Politik und Verwaltung setzen sich für einen  
71 durchgängigen dualen Bildungsweg ein. Dafür braucht es eine systemische Stärkung der Oberschulen als  
72 Talenteschmiede der Berufsbildung. Gymnasium und Abitur sind nicht alleinige Bezugs- und  
73 Ausgangspunkte für einen erfolgreichen beruflichen Werdegang. Die gesetzlich verankerten  
74 voraussetzungslosen Zugänge für Facharbeiter zur Dualen Hochschule sind zu etablieren und die  
75 berufliche Höherqualifizierung (Aufstiegsfortbildung) und berufliche Weiterbildung zu stärken. Die  
76 Oberschule ist und bleibt die wichtigste Schulart zur Gewinnung der Fachkräfte von morgen.

77 Neben der Stärkung der Vermittlung von anwendungsorientiertem Wissen muss die Oberschule bei den  
78 Schülerinnen und Schülern zunehmend Zukunftskompetenzen, wie z.B. Problemlösungs-, soziale und  
79 Medienkompetenzen sowie Innovations- und Lernfähigkeit in den Fokus nehmen, wenn es darum geht,  
80 den ständigen technologischen Wandel der Arbeitswelt mitzugestalten.

81 Bildungs- und Sozialindizes müssen stärker als bisher Berücksichtigung finden. Das bedeutet, dass die  
82 Unterrichtsqualität gestärkt, die Jugendlichen mit besonderem Unterstützungsbedarf gezielt gefördert, die  
83 Zusammenarbeit zwischen Schulen und Eltern intensiviert sowie die berufliche Orientierung verbessert  
84 werden müssen. Eine so gedachte Oberschule stellt nicht nur die Entfaltung von Leistungspotenzialen  
85 sicher und ermöglicht die Integration und Förderung benachteiligter junger Menschen. Gleichzeitig werden  
86 Bildungs- und Karrierewege von beruflicher und akademischer Ausbildung bekannter und durchlässiger.

- 87 Die Oberschule benötigt die bestmögliche materielle und technische Ausstattung sowie die beste  
88 Lehrkräfteversorgung und beste Lehrkräftequalität. Damit das Potenzial der vorhandenen knappen  
89 Ressource Lehrkraft optimal genutzt werden kann und „Lehrer wieder Lehrer sein können“, müssen zudem  
90 multiprofessionelle Teams weiter ausgebaut werden.  
91
- 92 **4. Vielzahl der Berufe und Spezialisierungen zu Kernberufen zusammenfassen.**
- 93 Um das deutsche Berufsbildungssystem zukunftsfest aufzustellen, ist es notwendig, die Vielzahl der Berufe  
94 und Spezialisierungen zu Berufsgruppen zusammenzufassen und daraus Kernberufe mit offenen und  
95 dynamischen Berufsbildern zu formieren. Befähigung für eine komplexe Arbeitswelt bedingt Verknüpfung  
96 und Anwendungsbezug. Die permanente Vergrößerung der Wissensbestände bedingt Reduktion und  
97 Konzentration auf Essenzielles.
- 98 Statt der Einführung immer neuer Berufsbilder soll der Ansatz einer technischen Grundausbildung verfolgt  
99 werden, auf Basis derer sich in den letzten Ausbildungs- und/oder ersten Berufsjahren eine technologische  
100 Spezialisierung anschließt. Der Staatsregierung wird daher empfohlen, sich gemeinsam mit den  
101 Wirtschafts- und Sozialpartnern hierfür gegenüber dem Bund stark zu machen.  
102
- 103 **5. Übergangsbereiche in den Blick nehmen und die Qualität alternativer Pfade in die Berufsbildung**  
104 **sichern.**
- 105 Angesichts des steigenden Anteils an jungen Menschen ohne Ausbildung sind zielgerichtete Ansätze  
106 unerlässlich, um einen systematischen und bestenfalls direkten Übergang von Schule zu Beruf zu  
107 gewährleisten. Maßnahmen für Jugendliche ohne klare berufliche Orientierung müssen neu gedacht und  
108 zunächst umfassend evaluiert werden, um ihre Wirksamkeit sicherzustellen und die Quote ungelernter  
109 Jugendlicher nachhaltig zu senken. Es ist unabdingbar, sich auf nachweislich erfolgreiche Instrumente zu  
110 konzentrieren sowie zeitgemäße, maßgeschneiderte Angebote zu entwickeln, die Jugendlichen effektiv auf  
111 Ausbildung vorbereiten und somit langfristig in den Arbeitsmarkt integrieren.
- 112 Für den LAB stellen unbenommen die duale Ausbildung und der damit verbundene Grundsatz der  
113 Beruflichkeit des Facharbeiters bzw. Gesellen weiterhin die wichtigsten bildungspolitischen Leitplanken  
114 dar. Aufgrund des bestehenden Fachkräftemangels und der rasanten Entwicklungen in der Arbeitswelt hat  
115 der non-formale Bildungsbereich jedoch an Bedeutung gewonnen. Instrumente, wie z.B. das  
116 Feststellungsverfahren zur Bescheinigung individuell erworbener beruflicher Kompetenzen sind nunmehr  
117 gesetzlich verankert. Aus Sicht des LAB braucht es für diese oder andere alternative Pfade in die  
118 Berufsbildung zwingend verbindliche und bundesweit anerkannte Kriterien. Nur ein verlässlicher und  
119 kontrollierbarer Ordnungsrahmen schützt den beruflichen Bildungsweg und sorgt für eine einheitliche  
120 qualitätsgerechte und transparente Bewertung der Gleichwertigkeit und Anschlussfähigkeit der erworbenen  
121 beruflichen Kompetenzen.  
122
- 123 **6. Lehrkräfteversorgung sicherstellen und neu denken. Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der**  
124 **berufsbildenden Schulen erhöhen.**
- 125 Die Sicherung des Lehrkräftebedarfs an berufsbildenden Schulen ist von grundlegender Bedeutung für die  
126 Gewährleistung einer kontinuierlichen und hochwertigen Ausbildung der von den Betrieben dringend  
127 benötigten Fachkräfte. Deshalb ist es wichtig, jederzeit ausreichend Ressourcen für die Gewinnung des  
128 Lehrkräftenachwuchses sowie für die die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften bereitzustellen.
- 129 Der LAB fordert zur Sicherung des Lehrkräftebedarfs an den berufsbildenden Schulen eine ganzheitliche  
130 und langfristige Strategie unter Berücksichtigung neuer und innovativer Ansätze, sowie die enge  
131 Zusammenarbeit der beteiligten Staatsministerien SMK, SMWA und SMWK sowie der kommunalen  
132 Akteure.

133 Neue Ansätze zur Lehrkräftegewinnung können beispielsweise eine duale Berufsschullehrerausbildung,  
134 Begleitungs- und Unterstützungsangebote zur Erhöhung der Abschlussquoten, die Integration des  
135 Vorbereitungsdiensts in den Studiengang, Schaffung eines Q-Masterstudiengangs, das Ein-Fach-Studium,  
136 die Steuerung der Hochschulen anhand gemeinsamer verbindlicher Zielvorgaben sowie die Verbesserung  
137 der sozialen und infrastrukturellen Arbeits- und Lebensbedingungen im ländlichen Raum sein.

138 Zur nachhaltigen Sicherung der Bildungsqualität sind Lehrkräftefortbildungen, u.a. zu Digitalisierung und  
139 Medienkompetenz, modernen Lehr- und Lernformen, künstlicher Intelligenz, entsprechend den  
140 Entwicklungen in Arbeitswelt und Gesellschaft auszubauen.

141 Schließlich sind vollzeitschulische Angebote, die einem direkten Weg in die duale Berufsausbildung  
142 entgegenstehen in ihrer Bedarfsorientierung und Wirksamkeit ergebnisoffen zu evaluieren, um ggf.  
143 vorhandene Lehrkräfteressourcen freizugeben.

144 Berufliche Schulzentren (BSZ) sind weiter zu exzellenten regionalen Kompetenzzentren mit fachlichen  
145 Schwerpunkten weiterzuentwickeln. Neben der Gewährleistung bester zeitgemäßer technischer bzw.  
146 infrastruktureller Voraussetzungen ist der Einsatz von Schulverwaltungsassistenten, qualifiziertem  
147 technischen sowie sozialpädagogischen Personal an den BSZ sicherzustellen.

## 148 149 **7. Ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende ausbauen.**

150 Ausreichende und geeignete Wohnraumangebote für Auszubildende sind ein wichtiger Baustein der  
151 Ausbildungsförderung und werden perspektivisch sogar deutlich an Bedeutung gewinnen.

152 Bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende an den Lernorten Schule und Betrieb motiviert mehr  
153 Jugendliche dazu, sich auch für eine berufliche Ausbildung jenseits der Heimatregion zu entscheiden und  
154 trägt insofern dazu bei, die regionalen Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt zu lösen und vakante  
155 Ausbildungsplätze zu besetzen.

156 An beiden Lernorten ist deshalb entlang der tatsächlichen Auszubildendenströme bezahlbarer,  
157 ausreichender und geeigneter Wohnraum, z. B. Wohnheime für die Auszubildenden zu schaffen. Zur  
158 finanziellen Unterstützung müssen bestehende Förderinstrumente, wie z.B. die Bundesförderung "Junges  
159 Wohnen" des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, der Bundesagentur für  
160 Arbeit (§§ 80a SGB III), die Förderung des Freistaates Sachsen zum Sozialen Wohnungsbau, die  
161 Schulhausbauförderung des Freistaates (Schulinfrastrukturverordnung) oder das Bundesprogramm  
162 Überbetriebliche Bildungsstätten so weiterentwickelt werden, dass nutzerspezifische Barrieren aufgelöst  
163 werden. Diese Förderinstrumente sind zu konsolidieren sowie kontinuierlich und finanziell auskömmlich  
164 aufzusetzen. Die Gründung von Auszubildendenwerken ist dabei in den Fokus zu nehmen. Ergänzend sind  
165 Abstimmungen mit bereits aktiven Akteuren vorzunehmen.

## 166 167 **8. Unterstützungsinstrumentarien für das Gelingen der Berufsausbildung verbessern.**

168 Der Unterstützung der Mobilität der Auszubildenden ist weiterhin besondere Beachtung zu schenken, denn  
169 Auszubildende, Familien und Ausbildungsbetriebe müssen seit der Umsetzung der zentralen  
170 Teilschulnetzplanung längere Wege und höhere Ausbildungskosten für die auswärtige Unterbringung  
171 schultern.

172 Mit der Sächsischen Schülerunterbringungsverordnung setzt die Staatsregierung das Begehren  
173 nach einer finanziellen Besserstellung der Auszubildenden bei einer notwendigen außerhäuslichen  
174 Unterbringung für den Besuch der berufsbildenden Schule um. Es wird empfohlen, für den Erstattungs-  
175 anspruch die tägliche Gesamtwegezeit von mindestens 180 Minuten deutlich abzusenken und gleichzeitig  
176 den Erstattungssatz pro Übernachtung anzuheben, so dass mehr Auszubildende davon profitieren und  
177 eine Kostendeckung für sie sichergestellt ist. Die Sächsische Schülerunterbringungsverordnung  
178 ist zudem so weiterzuentwickeln, dass hier zusätzlich die auswärtige Unterbringung am Lernort Betrieb

179 Berücksichtigung findet. Bei der Weiterentwicklung der Verordnung können Betriebsgrößen eine Rolle  
180 spielen.

181 Die Mobilität der Auszubildenden muss über ein bundesweit geltendes ermäßigtes Ticket sichergestellt  
182 werden. Parallel dazu muss die Erreichbarkeit der Berufsschulstandorte mittels ÖPNV und deren Taktung  
183 verbessert werden.  
184

## 185 **9. Attraktivität und Qualität der betrieblichen Ausbildung erhöhen.**

186 Die Umsetzung des betrieblichen Ausbildungsplanes hat stets unter Beachtung sämtlicher inhaltlicher wie  
187 rechtlicher Anforderungen und Vorgaben als Qualitätsstandards der betrieblichen Ausbildung zu erfolgen.

188 Die zuständigen Stellen setzen sich dabei als Wächter, Mentor und Werbeträger für die Berufsbildung ein  
189 und üben ihre Beratungs- und Orientierungs- sowie ihre Kontrollfunktion vollumfänglich aus.

190 Die Ausbildungsqualität wird von der Qualifikation des Ausbildungspersonals und der Gestaltung des  
191 Ausbildungsprozesses entscheidend beeinflusst. Daher sollten insbesondere solche Initiativen der  
192 Wirtschafts- und Sozialpartner gefördert werden, die auf eine ausgeprägte pädagogische  
193 Handlungsfähigkeit und ein erweitertes Rollenverständnis des Ausbildungspersonals setzen. Diese  
194 Initiativen sollten durch den Freistaat Sachsen unterstützt werden, vor allem auch mit finanzieller  
195 Förderung bisher erfolgreicher Konzepte.

196 Die Wirtschafts- und Sozialpartner forcieren die Werbung für das Ehrenamt der Prüfenden. Darüber hinaus  
197 unterstützen sie die Qualifizierung der Mitglieder in den Prüfungs- und Berufsbildungsausschüssen ebenso  
198 wie deren Erfahrungsaustausch und Vernetzung untereinander. Der Freistaat Sachsen sollte dabei  
199 entsprechende Schulungen fördern und trägt damit dazu bei, das Ehrenamt in der Berufsbildung zu  
200 stärken.

201 Neben der Gewinnung leistungsstarker Jugendlicher für die duale Berufsausbildung muss es noch größere  
202 Anstrengungen geben, benachteiligten Jugendlichen den Einstieg zu gewährleisten und deren Ausbildung  
203 zu begleiten. Dafür braucht es einen Ausbau bzw. eine Weiterentwicklung von Unterstützungs-  
204 instrumentarien für Unternehmen, die personelle oder Ressourcenschwierigkeiten haben, Ausbildung  
205 professionell zu organisieren oder unerfahren sind im Umgang mit dieser Zielgruppe.  
206

## 207 **10. Überbetriebliche Berufsbildungsstätten stärken und wirksame Förderinstrumente bereitstellen.**

208 Die Potenziale der Überbetrieblichen Berufsbildungsstätten mit ihrer zentralen Rolle in der betrieblichen  
209 Aus- und Fortbildung gilt es für die Entwicklung hin zu „Zentren für Qualifizierung, Innovation sowie  
210 Forschungs- und Technologietransfer“ konzentriert voranzutreiben und dafür Bundes- und Landesmittel  
211 kontinuierlich bereitzustellen. Das Landesprogramm Berufliche Bildung ist mit den etablierten  
212 Förderinstrumenten (individuelle und betriebliche Weiterbildungsförderung, Überbetriebliche  
213 Lehrunterweisung bzw. Ausbildung, Verbundausbildung, Meisterbonus, Überbetriebliche Bildungsstätten)  
214 mit angemessenen Landesmitteln auszustatten, um die Unternehmen und Beschäftigten, die ihrer  
215 Verantwortung der Berufsbildung nachkommen wollen, wirksam von den Kosten zu entlasten. Die  
216 Staatsregierung wird zusätzlich dazu aufgefordert sich gegenüber der Bundesregierung für die Fortführung  
217 einer dauerhaften und kontinuierlichen Förderung der Überbetrieblichen Lehrunterweisung im Handwerk  
218 stark zu machen.

219 Die Kooperation der Betriebe und der überbetrieblichen Bildungsstätten mit den regionalen Berufsschulen  
220 ist zu forcieren, um die jeweiligen Ausbildungsressourcen optimal einsetzen zu können. Insbesondere  
221 leisten die überbetrieblichen Bildungsstätten in enger Kooperation mit ihren schulischen Partnern einen  
222 unverzichtbaren hochwertigen Beitrag im Prozess der beruflichen Orientierung sächsischer Schülerinnen  
223 und Schüler. Hierbei kommt es jetzt darauf an, die gesammelten Erfahrungen der beteiligten Akteure in der  
224 Fläche zu verbreiten und die weitere Umsetzung der didaktisch-methodischen Konzeption des Programms

# GUTE BERUFSBILDUNG FÜR SACHSEN 2030

Positionspapier des Landesausschusses für Berufsbildung

---

225 zur „individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern an allgemein- und berufsbildenden Schulen im  
226 Freistaat Sachsen“ mit Unterstützung durch Landesmittel weiter zu verstetigen.

227

## 228 **SCHLUSSBEMERKUNG**

229 Zuständigkeiten in der Berufsbildung schaffen immer wieder Redundanzen und Verzögerungen in der  
230 Umsetzung geeigneter Maßnahmen. Die erfolgreiche Umsetzung der in diesem Papier beschriebenen  
231 Handlungsfelder zur Stärkung der Berufsbildung erfordert daher die Einrichtung einer zentralen  
232 Steuerungsstelle. Eine Stelle, die die verschiedenen Interessen aller relevanten Akteure der Berufsbildung  
233 herausarbeitet und ausbalanciert.

234 Der LAB empfiehlt daher die Berufung eines Beauftragten für Berufsbildung in der Staatskanzlei im Range  
235 eines Staatssekretärs bzw. eines Sonderbeauftragten. Dies wäre ein klares Signal und ein starkes  
236 Bekenntnis zur Wertschätzung und Bedeutung der Berufsbildung in Sachsen und würde eine  
237 kontinuierliche institutionelle Aufmerksamkeit sicherstellen. Außerdem würde der Komplexität, die sich aus  
238 den zersplitterten Kompetenzbereichen ergibt, gebührend Rechnung getragen werden können.  
239 Zeitaufwendige Abstimmungsprozesse und bürokratische Entwicklungshemmnisse könnten so abgebaut  
240 werden.

241 Eine regelmäßige Berichterstattung gegenüber dem LAB als gesetzlich verankertes Beratungsgremium der  
242 Staatsregierung durch den Sonderbeauftragten zum Umsetzungsstand sollte verpflichtend sein, so dass  
243 der LAB seiner Beratungsfunktion nachkommen kann.

244

245

246

247

248

249

250



Torsten Köhler  
Vorsitzender des LAB



André Schnabel  
stellvertretender Vorsitzender des LAB